Hundsfelder Stadtblatt

Mit den amtlichen Bekanntmachungen.

Dieses Blatt erscheint Sonnabend und Mittwoch früh. — Preis pro Monat 50 Goldpfennig, ausschließlich Botenlohn bezw. Postgebühren
Erfüllungsort Hundsfeld bei Breslau.

Zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung für Hundsfeld, Sacrau und Umgegend.

Fernsprecher Nr. 44.

Insertionsgebühr für die einspaltige kleine Zeile 10 Goldpfennige, außerhalb des Kreises 15 Goldpfennige, Reklamezeile 30 bezw. 45 Goldpfennige. Inserate werden bis Dienstag bezw. Freitag nachm. 2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breslauerstraße 22, angenommen.

Nr. 103 — **Mittwoch, den 24. Dezember 1924** — **20. Jahrg.**

Trübe politische Weihnachten.

Die Nicht-Räumung von Köln.

Die außerordentlich schweren Bedenken, die das Andauern der Regierungskrise in außenpolitischer Hinsicht auslösen muß, ziehen ihre stärkste Nahrung aus der Sorge um das Schicksal der Kölner Zone. Die Absicht, entgegen der klaren Bestimmung des Versailler Vertrages die Räumung dieser Zone am 10. Januar nicht zu vollziehen, ist bei unseren Gegnern zum Entschluß gereift. Um so nötiger ist es für Deutschland, mit allen Mitteln und allen Kräften gegen diese Beugung des Rechts sich zu wehren. Diese Abwehr aber wird sowohl aufs empfindlichste beeinträchtigt durch die Hemmungen, die sich dadurch ergeben, daß die gegenwärtige Regierung Deutschlands sich im Stadium der Auflösung befindet und nur noch zur „Führung der Geschäfte" befugt ist. Daß sie ihre Pflicht trotzdem tun wird, ist selbstverständlich, aber wo der Schwung und die Möglichkeit des Ausdauernsr fehlt, ist der Wirkung von vornherein eine Schranke gesetzt.

Welche Maßnahmen die Reichsregierung ergreifen wird, um den deutschen Standpunkt zu vertreten, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Das in einem Pariser Blatt verbreitete Gerücht von der Absicht wirtschaftlicher Repressalien wird von zuständiger Stelle als Erfindung bezeichnet. Eine offizielle Benachrichtigung des Vertragsbruchs ist allerdings bisher nicht erfolgt, und es ist zweifelhaft, ob sie überhaupt zu erwarten steht. Wohl aber sind von berufensten Stellen der Gegenseite Aeußerungen getan worden, die an der Absicht, sich über den Vertrag hinwegzusetzen, keinen Zweifel mehr lassen, und diese Aeußerungen geben hinlänglich Anlaß und Recht zu einer deutschen Gegenwehr.

Die Ausführungen Lord Curzons im englischen Oberhaus haben in der deutschen Oeffentlichkeit fast ohne Ausnahme eine deutliche und bittere Kritik gefunden. Diese Rede, die den Vertragsbruch vorbereiten sollte, war erfüllt vom Geiste der Unwahrhaftigkeit und einer zynischen Brutalität. Sie versuchte mit tönenden Worten über das schlechte Gewissen hinwegzutäuschen, das die englische Politik bei diesem Vorgehen spürt, und das auch in der englischen Presse zum Ausdruck kommt. Man erinnert sich doch noch daran, daß man seinerzeit den französischen Ruhreinbruch als Rechtsbruch verurteilte, um nicht so ohne weiteres darüber hinwegzukommen, daß man heute aus Gefälligkeit gegen Frankreich seine eigenen Verpflichtungen verletzen will und sie so mit dem französischen Rechtsbruch auf eine Stufe stellt. Es muß außerordentlich befremden, in welchem Maße die englischen Politiker geneigt sind, sich die französischen Tendenzlügen über deutsche „Verfehlungen" gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu eigen zu machen, soweit, daß sogar die Kommentare einzelner französischer Blätter wohltuend gegen diese englische Tendenzmache abstechen. Und auch darüber scheint man in England die Augen verschließen zu wollen, daß selbst für den Fall von Beschwerden auf dem Abrüstungsgebiet zum mindesten eine rechtzeitige Benachrichtigung und Auseinandersetzung mit Deutschland erforderlich wäre; wahrscheinlich scheut man eine solche und glaubt am besten zu fahren, wenn man sich auf den Standpunkt der brutalen Gewalt stellt, den Bericht der Kontrollkommission weiter hinauszögern läßt und am 10. Januar den Versailler Vertrag als „einen Fetzen Papier" behandelt.

Zu den Maßnahmen, die die deutsche Regierung ergreifen muß, und zwar mit Energie und Beschleunigung, wird notwendigerweise auch eine Aufklärung darüber gehören, daß die Behauptungen von einer deutschen Obstruktion gegen die Militärkontrolle böswillige Erfindung sind. Darüber hinaus muß das klare deutsche Recht aus dem Versailler Vertrag nachgewiesen werden, dessen frevelhafte Mißachtung aufs neue schwere Erschütterungen in die Welt bringen muß.

„Vorstellungen" zur Nichträumung Kölns.

Der „Montag" berichtet aus Paris: In der Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter und dem Direktor der politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay wies Herr von Hoesch auf die Schwierigkeiten im Innern hin, die bei der Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar durch die alliierten Truppen entstehen könnten, da nach Artikel 429 des Versailler Vertrages diese Räumung vorgeschrieben sei, wenn Deutschland getreu die Vertragsbestimmungen erfüllt habe. Direktor Laroche habe geantwortet, daß diese Entscheidung von den alliierten Regierungen noch nicht getroffen worden sei, da diese erst möglich sein könne nach Einlaufen der Berichte der interalliierten Militärkontrollkommission, und daß jede weitere Entscheidung von dem Inhalt dieses Berichtes abhänge.

Wahlbeschwerde des Reichsbundes für Aufwertung.

Die Beschwerden des Reichsbundes für Aufwertung, die sich vor allem gegen den bekannten Aufruf der Reichsregierung und gegen die Haltung der amtlichen Kreisblätter richten, werden der Entscheidung des Wahlprüfungsgerichtes unterliegen, das im Laufe des nächsten Monats unter dem Vorsitz Dr. Spahns zusammentritt. Von seiten der Reichsregierung wird der Standpunkt vertreten, daß ihr Aufruf gegen die Zersplitterung der Stimmen keine unzulässige Wahlbeeinflussung bedeute. Es sei darin in keiner Weise gegen die Bestrebungen der kleinen Parteien Stellung genommen, sondern lediglich darauf hingewiesen, daß eine allzu große Zersplitterung die praktische Wirkungslosigkeit vieler Stimmen zur Folge haben werde. Weiter könne auch von Inkorrektheiten in den amtlichen Bekanntmachungen der Kreisblätter nach dem bisher vorliegenden Material nicht die Rede sein, da die Form dieser Bekanntmachungen überall nach der amtlichen Vorschrift erfolgt sei.

Neue Wahlvorlage Mussolinis.

Die Ankündigung einer neuen Wahlrechtsvorlage durch Mussolini in der Kammersitzung am Sonnabend kam dem Parlament völlig unerwartet und wirkte wie eine Bombe. Auch in der nächsten Umgebung Mussolinis war nicht das geringste über eine derartige Absicht bekannt. Die Erregung war so allgemein, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Die Opposition sieht in dem Vorgehen Mussolinis den letzten Versuch, sich zu halten oder sich einen guten Abgang zu verschaffen. Da die Anhänger Giolittis, Salandras und auch Orlando für ein Wahlrecht mit der Grundlage der reinen Mehrheit sind, dürfte die Vorlage glatt angenommen werden. In der Opposition ist die Gruppe Amendola und, wie man bereits jetzt feststellen zu können glaubt, sind auch die Sozialisten dafür, so daß eine Spaltung der Opposition kaum eintreten dürfte. In Erwartung eines Wahlsieges in den Industriezentren sollen auch die Populari erklärt haben, bei der gegenwärtigen Lage keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Die Opposition ist sich jedoch einig darin, daß auch bei der neugeschaffenen Lage eine Rückkehr in das Parlament und in die Regierung ausgeschlossen sei. Es könnte sein, daß auch die Giolitti-Anhänger diese Auffassung vertreten und daß so die Wahlrechtsvorlage trotz ihrer Annahme indirekt dazu benutzt wird, die moralische Frage in den Vordergrund zu rücken und damit den Kampf gegen die Regierung zu verschärfen.

— **„Aufwertungsprozesse" der Thüringer Fürsten.** Wie aus der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses des Thüringer Landtages bekannt wird, führt die thüringische Regierung zur Zeit etwa 100 Prozesse, darunter über 20 Fürstenprozesse und 20 mit der Kirche. Am 19. Dezember fiel die Entscheidung in der zweiten Instanz des Meininger Aufwertungsprozesses. Dem Herzog wurde die erhöhte Abfindung auf 8,25 Millionen, die Rente auf 6 Prozent und die Nachzahlung auf 500 000 M. festgelegt. Die Gerichtskosten für diesen Prozeß betragen 75 000 M.

Endlich erlöst.

Roman von Wilhelmine Fleck.

7] (Nachdruck verboten.)

Statt schriftlicher Antwort erschien der ihm vorgesetzte Oberbaurat persönlich bei Ravenbrück.

„Ich werde Ihr Gesuch nicht befürworten, lieber Freund," sagte er gütig aber entschieden, „es entspringt nervöser Ueberreizung, und Sie würden es uns später selbst nicht danken, wenn wir Sie beim Wort nähmen. Wir wollen auch einen unserer Tüchtigsten nicht verlieren". Ravenbrücks magere Hände zuckten nervös auf der Decke. Meine Kraft ist gebrochen."

„Das sagen Sie jetzt. Wenn der Körper erst gesund ist findet auch der Geist seine Spannkraft wieder. Wir werden Sie nicht entlassen, nur beurlauben; zunächst auf ein Jahr."

Auch davon wollte Ravenbrück nichts wissen. Mit krankhafter Reizbarkeit wehrte er sich gegen jede noch so geringe Fessel. Frei wollte er sein, ganz frei, und dem Oberbaurat blieb schließlich nichts anderes übrig, als kopfschüttelnd nachzugeben. „Nun, gut denn. Sie sollen Ihre Entlassung haben, aber denken Sie daran, daß Ihnen trotzdem der Wiedereintritt jederzeit frei steht."

Ravenbrück machte eine müde Bewegung. „Ich danke gehorsamst aber ich weiß, daß ich von der Erlaubnis keinen Gebrauch machen werde."

So war er denn fortan wehrlos allem preisgegeben, was auf seine Seele einstürmte. Verzweiflung fraß a ihm, Sehnsucht zermürbte ihn. Endlos erneuerte sich die Qual seiner ihres Gegenstandes beraubten Leidenschaft. Ein bedeutender Künstler, der Inge persönlich gekannt hatte, malte für ihn nach einem kleinen Pastellbild ein lebensgroßes Porträt der Verlorenen und es wurde, wie man zu sagen pflegt, sprechend ähnlich. Es erhielt keinen Rahmen nur eine Sammeteinfassung, die der Farbe der Tapete genau angepaßt war. Dann schien in der Dämmerung die weiße Gestalt leibhaftig vor der Wand zu stehen. Niemand hätte raffinierter Qual ersinnen können, und Ravenbrück gab sich ihr mit krankhafter Wollust hin. Gavenius war erschüttert, als er ihn einmal so vor dem Bilde traf. Der alte Gelehrte war sein ganzes Leben lang ein innerlich einsamer Mensch gewesen, dem die Wissenschaft Gefährtin, Trösterin und Lebensinhalt war, sie hatte ihm auch jetzt geholfen seine abgeklärte Ruhe wiederzufinden. Nur stiller noch als früher war er geworden. „Kommen Sie, verbringen Sie die Abende bei mir, lieber Sohn," sagte er gütig, einmal ganz aus seinen Spekulationen erwacht. „Ich weiß, daß ich ein schlechter Gesellschafter bin, aber selbst wenn ich schweige so ist ein helles Zimmer und die Nähe eines Menschen immer noch besser als diese dunkle Oede." Ravenbrück schüttelte stumm den Kopf.

„Aber Sie werden sich ruinieren, mein Freund."

„Könnt ich es nur, das wäre mein einziger Wunsch."

Da ging der alte Gelehrte ratlos und bekümmert seiner Wege, und Werner blieb zurück unter den Geißelhieben des ewigen „Wenn" oder „Wenn nicht," das alle seine Gedanken beherrschte. Der Blick für Ursache und Wirkung hatte sich ihm völlig getrübt. Er war ein Mörder und doch boten die Gesetze keine Handhabe gegen ihn. Er hätte nie geglaubt, daß die Gesetze des deutschen Reiches so unendlich mangelhaft wären.

Die Fäuste gegen die Brust gedrückt, starrte er keuchend vor sich hin. Aus dem sinkenden Dunkel sprang Inges Gesicht wie sie ihm ihre Lippen geboten hatte, ihre süßen Lippen, zum letztenmal ehe die Nacht sie verschlang. Wo war ein Schicksal, das dem seinen glich? War ie ein Mann so unschuldig schuldig geworden? „Inge, Inge hörst du mich? Vergib mir." Er schrie es in das Dunkel und breitete die Arme aus in unerträglicher Sehnsucht.

Als der Frühling kam, wurde es noch schlimmer. Der Anblick einer blumigen Wiese, einer lichtgrünen Allee, eines rosigen Abendhimmels steigerte den Gedanken an sie, die kalt und starr unter den Schollen lag, bis zum Irrsinn. Da war es wohl ein unbewußtes Wehren der Natur das ihn den Entschluß fassen ließ, auf Reisen zu gehen. Ueberall würde freilich das Leben zum Himmel jauchzen, würde es blühende Bäume geben und lachende Mädchen, aber es würden wenigstens nicht die Bäume der Heimat sein und nicht Inges Freundinnen. Gerade denen zu begegnen, machte ihn jedesmal fast krank.

Eines Tages war er abgereist ohne selbst Gavenius gesagt zu haben, wohin er ginge. In der rauhesten Gegend der Dolomiten kannte er eine Siedelung von wenigen Häusern, auf kleinen Almen hockend oder wie Schwalbennester am Gestein klebend, schwer zugänglich im Sommer, völlig weltverloren im Winter. Die Bewohner, treuherzige primitive Menschen, der Erde und ihren Freuden innig zugetan, und doch in ihrem gefahrvollen Dasein den Himmel mit einer Art abergläubischer Innigkeit als reale Macht über sich empfindend. Das gab ihrem Wesen Würde und ihrem Leben Inhalt, denn die schlackenvollste Frömmigkeit ist immer noch reiche geistige Habe im Vergleich zu der platten und satten Diesseitigkeit die nur Tierbedürfnisse kennt und auf die Dauer alles Seelische ertötet.

Nur einen behäbigeren Bauerhof gab es in der Siedelung, und in diesem fand Ravenbrück Aufnahme. Ein Bett, ein Waschständer, ein Tisch und ein Stuhl in sauber getünchter Kammer war alles, was man ihm bieten konnte und es genügte ihm. Hier oben sah man im Sommergast noch den Menschen, den Mitbruder, und so wären die guten Leute gern bereit gewesen am Ergehen ihres Mieters herzlichen Anteil zu nehmen, doch merkten sie bald, daß er nichts so sehr wünschte, als allein gelassen zu werden und verhielten sich danach. Wenn aber der Pater aus dem talwärts gelegenen Kloster in dem winzigen Bergkirchlein die heilige Messe las, versäumte die Bäuerin nie, ein Gebet zu sprechen für einen, der offenbar eine schwere Last auf seiner Seele trug.

Die herbe Höhenluft tat Werner Ravenbrück gut wenn er sich dessen auch nicht bewußt wurde, denn sein Unglück lastete nach wie vor auf ihm. Planlos stieg er im Gestein umher, saß stundenlang auf Felsvorsprüngen und sah mit düsteren Augen auf die Schroffen und Zacken, die gähnenden Abgründe und spärlichen Matten und die glänzenden Schneehäupter der Firne. Dann gab es bisweilen Stunden, in denen das ewige „Wenn" verstummte und seine Seele in eine Art von wohltätiger Stumpfheit versank.

(Fortsetzung folgt.)

Moskaus Schwäche und Stärke.

Seit einem halben Jahr ungefähr bemerkt man in der Außenpolitik der Moskauer Sowjetregierung eigentümliche Schwankungen, Inkonsequenzen und Mißerfolge. Das gilt in erster Linie für das Verhältnis Rußlands zu Europa, während die asiatischen Fragen weniger durchsichtig, aber trotzdem irgendwie einfacher unter anderen Vorzeichen standen. Bekanntlich wurde als besondere Stärke der Moskauer Regierung von jeher mit Recht gerühmt, daß die Führung der gesamten Politik hier in der Hand eines kleinen Kreises entschlossener und tatkräftiger Männer lag, die in ihren Entschließungen von keiner Parlamentsmehrheit und ebensowenig von den Einflüssen irgendwelcher Berufsschichten und Wirtschaftsgruppen abhängig waren. Die Vorteile, die in dieser unumschränkten Machtvollkommenheit liegen, konnten sich solange ungehemmt auswirken, als in Lenin eine überragende Autorität vorhanden war, der immer die letzte Entscheidung verblieb und in deren Händen alle Fäden zusammenliefen. Solange Lenin lebte, wagte es auch das Exekutivkomitee der Dritten Internationale niemals, seine propagandistischen und revolutionären Interessen den Erfordernissen der russischen Außenpolitik überzuordnen und störend in das Verhältnis Rußlands zu den europäischen Mächten einzugreifen.

Das alles hat sich seit dem Tode Lenins langsam geändert. Der Konflikt der Volkskommissare mit Trotzki hat neuerdings die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf die Tatsache gelenkt, daß die Geschlossenheit der obersten Sowjetinstanzen nur noch nach außen hin mühsam aufrechterhalten wird, während in Wirklichkeit sich die Fäden oft verwirren, weil Rykow, der nominelle Nachfolger Lenins, nicht der Mann ist, mit starker Hand die einheitlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen. War früher die Dritte Internationale ein überaus brauchbares und vollkommenes Instrument, auf dem die Sowjetregierung trefflich zu spielen verstand, um je nach Bedarf einer auswärtigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, so hat sie sich jetzt zu einer unbequemen und unbotmäßigen Nebenregierung entwickelt, die oft die Direktiven der politischen Zentralinstanz außer Acht läßt und dieser einen Mißerfolg nach dem anderen bereitet. Das markanteste Beispiel bietet das unerfreuliche Verhältnis zu England, an dem der Sinojew-Brief nicht den kleinsten Teil der Schuld trägt. Selbst wenn dieser Brief tatsächlich eine Fälschung ist, so kann es doch als feststehend betrachtet werden, daß der Ursprung der Fälschung nicht in England, sondern unweit Moskaus zu suchen ist, ein Streich, der der russischen Außenpolitik teuer zu stehen kam. Auch mit Frankreich ist man im Grunde noch nicht sehr viel weiter gekommen und der Fall Sadoul mit den sich daran schließenden Folgen hat die Beziehungen wieder erheblich getrübt, was ebenfalls auf das Konto der 3. Internationale zu buchen ist. Ueberhaupt macht sich seit Monaten in Rußlands europäischer Politik eine gewisse Ermattung und Lähmung bemerkbar, wie man sie von Tschitscherin früher nicht gewohnt war. Aber man kann deshalb auch nicht sagen, daß der 3. Internationale größere Erfolge beschieden gewesen wären. Die kommunistischen Parteien haben in fast allen europäischen Ländern Mißerfolg auf Mißerfolg erlitten und in den nordischen Staaten sowie in der Tschechoslowakei ist es zu Absplitterungen und Konflikten gekommen, die den Fortbestand der Parteien ernstlich in Frage stellten. Man wundert sich eigentlich nur, daß man in Moskau nicht längst eingesehen hat, daß es so nicht weitergehen kann, und das Steuer energischer umgeworfen werden muß, denn die direktionslose Taktik der Kommunisten in den europäischen Ländern geht doch unmittelbar auf Moskauer Weisungen zurück und ist erst in zweiter Linie der Unfähigkeit der Führer in den einzelnen Parteien zuzuschreiben.

Nun darf allerdings ein Umstand nicht übersehen werden, der für die Beurteilung dieses Niederganges sehr wichtig ist. Das Interesse der Sowjetregierung, das eine Zeitlang sich ganz auf den Westen zu konzentrieren schien, hat sich offenbar in immer steigendem Maße wieder den asiatischen Fragen zugewendet. Das ist verständlich. Denn in China werden augenblicklich Entscheidungen getroffen, die für die Vorherrschaft in Asien vielleicht von größerer Tragweite sind als alle Konferenzen und Verträge der europäischen Großmächte. Es gab von Anfang an in Moskau eine Gruppe von Politikern, deren intelligentester Vertreter wohl Buchharin war, die hartnäckig die Ansicht vertrat, man müsse Europa zunächst sich selbst überlassen und zuerst sich die Vorherrschaft in China sichern. Habe man Ostasien völlig bolschewisiert, so werde es später ein Leichtes sein, mit Hilfe gut ausgebildeter und bewaffneter Riesenheere aus dem unerschöpflichen Menschenreservoir Chinas die europäischen Staaten einfach zu überrennen und zu bezwingen. Der Ausführung dieser Pläne steht jedoch eine brutale Tatsache entgegen: Rußland braucht notwendig europäisches Kapital, europäischen Warenaustausch und daher auch Wirtschaftsbeziehungen und Handelsverträge. Bleiben diese Hilfsmittel aus, so wird auch die politische Macht der Sowjetregierung durch die wirtschaftliche Notlage von innen heraus allmählich so sehr unterhöhlt, daß einer großzügigen Außenpolitik schließlich jedes Fundament fehlt. Und eben deshalb beginnt die Vernachlässigung Europas sich bereits jetzt so bitter zu rächen, daß hier eingegriffen werden und mit der bisherigen Schule Schluß gemacht werden muß. Wie weit die leitenden Männer Moskaus heute schon in der Lage sind, all die störenden Nebeneinflüsse auszuschalten und zu der alten kühnen Großzügigkeit zurückzukehren — das hängt so sehr von der persönlichen Stellungnahme und der Verteilung der persönlichen Einflüsse ab, daß nur intimste Kenner der engsten leitenden Kreise in Moskau eine Prophezeiung darüber wagen könnten. Der Versuch wird sicherlich bald gemacht werden, weil er gemacht werden muß, falls nicht unersetzliche Verluste an Prestige, Selbständigkeit und Lebensfähigkeit der russischen Großmacht die Folge sein sollen.

*

Nach Meldungen aus Odessa ist es nicht nur in Moskau, sondern auch in Kasan, Nischnikowgorod und anderen Städten zu offenen Auflehnungen der Roten Armee gegen die Sowjetregierung gekommen. Die Truppen, die für Trotzki Partei ergriffen hatten, sind in blutigen Kämpfen von redierungstreuen Regimentern niedergeworfen worden.

Marx' weitere Bemühungen.

Reichskanzler Marx wird trotz der offiziellen Vertagung der Regierungsbildung seine Bemühungen auch während der Weihnachtspause fortsetzen. In Kreisen der Mittelparteien erwägt man gegenwärtig die Möglichkeit, die freiwerdenden Ministerien durch außerhalb der Parteien stehende Beamte zu besetzen. Gegen die Kandidatur Wiedfelds sind von demokratischer Seite schwere Bedenken erhoben worden, so daß diese Lösung wieder in den Hintergrund getreten ist. In der deutschnationalen Reichstagsfraktion lehnt man ein Kabinett Marx unter allen Umständen ab und wirft dem Kanzler besonders vor, daß er die Deutschnationalen bei den bisherigen Besprechungen gänzlich übergangen habe.

Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie.

Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, ist die Spaltung in der sächsischen Sozialdemokratie nunmehr endgültig vollzogen. Die Fraktionsmehrheit unter der bisherigen Führung des Landtagsabgeordneten Wirth und die Fraktionsminderheit unter der Führung von Arzt haben sich völlig getrennt. Die beiden Fraktionsteile haben das Präsidium des Landtages aufgefordert, ihnen getrennte Fraktionszimmer zuzuweisen, was auch bewilligt wurde. Schon bei den nächsten Landtagswahlen werden getrennte Wahllisten aufgestellt werden.

Gegen die Rüstungslügen.

Eine deutsche Verwahrung.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Der „Temps" hat im Anschluß an die Wiedergabe der kürzlich von Lord Curzon im Oberhaus gehaltenen Rede über die Räumung der Kölner Zone eine Reihe von Behauptungen über den Stand der Entwaffnung Deutschlands aufgestellt, die jeder Begründung entbehren. In der offenkundigen Absicht, das alte Märchen von geheimen deutschen Rüstungen wieder aufleben zu lassen, spricht der „Temps" die Vermutung aus, der Bericht über das Ergebnis der Generalinspektion würde insofern nicht den wahren Tatbestand wiedergeben können, als namentlich auf dem Gebiete der Kriegsindustrie eine Kontrolle überhaupt unmöglich sei. Demgegenüber kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Kontrollkommission nunmehr fast vier Monate hindurch sich auf allen Gebieten davon überzeugen konnte, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen ist. Sie hat von dieser Möglichkeit in reichstem Maße Gebrauch gemacht, denn es sind bei der Reichswehr, Polizei und Industrie über 1700 Kontrollbesuche vorgenommen worden. Dabei sind der Kontrollkommission alle gewünschten Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Da die Kontrolle fast ausschließlich von Offizieren vorgenommen worden ist, die seit Jahren mit der Materie aufs eingehendste vertraut sind, so wird kein unbefangener Beurteiler glauben können, daß es der Kontrollkommission wirklich nicht gelungen sein sollte, ein umfassendes und erschöpfendes Bild über den deutschen Rüstungsstand zu gewinnen. Daß es dem „Temps" auch nur darauf ankommt, haltlose Verdächtigungen auszustreuen, ergibt sich aus seiner weiteren Behauptung, daß die Reichswehr mit ihren 100 000 Mann nur den festen Rahmen zu der eigentlichen deutschen Armee abgäbe, die im Mobilisierungsfalle aufgestellt werden könne. Der „Temps" weiß ganz genau, daß die Alliierten selbst die Grundlagen zu dem jetzigen 100 000-Mann-Heere aufgestellt haben, und daß die Organisation dieses Heeres bis ins kleinste hinein den von ihnen gegebenen Vorschriften entspricht. Was die „fünf Punkte" betrifft, auf die der „Temps" dann zu sprechen kommt, so ergibt sich aus dem Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz, daß die Erledigung der fünf Punkte nicht im unmittelbaren Zusammenhange mit der Generalinspektion gedacht war, sondern daß die fünf Punkte einen davon getrennt zu behandelnden Fragenkomplex bilden sollten. Es haben jedoch auch über die in den Rahmen der fünf Punkte fallenden Fragen schon im Laufe der Generalinspektion Besprechungen und Verhandlungen stattgefunden, die zum Teil noch im vollen Gange sind. Ein nicht geringer Teil der hierher gehörigen Forderungen ist bereits erfüllt. Als völlig aus der Luft gegriffen muß schließlich die Behauptung bezeichnet werden, daß seit 1923 eine Vermehrung der deutschen Militärmacht stattgefunden habe. Den Beweis für diese Behauptung bleibt denn auch der „Temps" schuldig und begnügt sich, um sich den Anschein der Kennerschaft zu geben, mit der vagen Andeutung, daß es sich dabei um Oberkommandos, Cadres und Verwaltungsdienststellen handle.

Die Wirren in Albanien.

Aus albanischen Regierungskreisen wird über die Lage im Aufstandsgebiet folgendes mitgeteilt: Ahmed Zogolli, der ehemalige Ministerpräsident, der im Juni dieses Jahres vertrieben wurde, und dessen Schuld an der Ermordung der beiden Amerikaner bei Manuras einwandsfrei festgestellt und der deswegen zum Tode verurteilt wurde, griff unter dem Schutz Jugoslawiens und mit dessen Unterstützung Albanien von mehreren Seiten an. Am 14. d. Mts. überschritten seine Banden, die größtenteils aus Leuten jugoslawischer Nationalität bestanden, die albanische Grenze nordwestlich von Skutari. Am 15. d. Mts. wurden bei einem Bandenüberfall von einer albanischen Grenzwache bei den Aufständischen fünf Kasten Munition aufgefunden, die von Podgoritza für die Banden in Wraka abgesandt waren. Die Munition stammt aus dem Munitionsbestandde s militärischen Platzkommandos von Podgoritza und ist mit dem Namen des dortigen Kommandanten gezeichnet. Bei Muritza griffen jugoslawische Soldaten die eigene Bevölkerung, die albanischer Nationalität ist, mit dem Bajonett an. Die bei Kossovo und Dibra angreifenden Banden sind mit Kanonen und Maschinengewehren ausgerüstet. Auch an der griechischen Grenze fanden mehrere Ueberfälle statt. Auf Anfrage der albanischen Regierung in Athen hat die griechische Regierung die Säuberung des Grenzgebietes von den Banden zugesagt und um Angabe der Führer gebeten. Die Front östlich von Skutari und Dibra ist gegenwärtig ruhig und von Banden gesäubert. An der Front von Kossove finden noch Kämpfe statt. Die Malissorenstämme haben Frieden geschlossen und kämpfen mit den Regierungstruppen zusammen gegen die Banden Ahmed Zogollis. Es haben sich bereits über 4000 Freiwillige der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Regierung hat, nachdem sie die Unterstützung Ahmed Zogollis durch Jugoslawien einwandsfrei festgestellt hat, eine Protestnote an den Völkerbund gerichtet. Die Wahlen sind um einen Monat verschoben. Die Parteien des Landes haben einen Burgfrieden geschlossen, so daß das ganze Land einheitlich geschlossen hinter der Regierung steht und sie in ihrem Kampf gegen Ahmed Zogolli unterstützt.

— Abg. General Ludendorff wird seinen Wohnsitz nach Schloß Calsow bei Wismar verlegen, um der Stätte seiner parlamentarischen Wirksamkeit näher zu sein.

* **Prüfungen für Zeichenlehrer.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Bekanntmachung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entnimmt, beginnen die im Jahre 1925 abzuhaltenden Prüfungen für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen in Breslau am 15. Juni, in Berlin am 17. Juni, in Königsberg am 18. Juni, in Cassel und Düsseldorf am 22. Juni.

— In der Sitzung der italienischen Kammer führte der Tiroler Abg. Tinel Beschwerde über die Behandlung der deutschen Schule in Südtirol. Es besteht jedoch wenig Aussicht, daß der Forderung nach Unterricht in deutscher Sprache für die Tiroler Schulen nachgegeben wird.

Neues vom Tage.

× **Bankräuber zünden eine Stadt an.** In Texas ist eine ganze Stadt von Bankräubern in Brand gesteckt worden und dabei das ganze Geschäftsviertel eingeäschert, um die Bankräuber der Verfolgung nach ihren Einbrüchen zu entziehen.

× **Tragischer Tod eines Hochschulprofessors.** Einer Vergiftung durch Kohlenoxydgas ist der frühere Rektor der Braunschweiger Technischen Hochschule, Prof. Dr.-Ing. h. c. Schöttler, mit seiner Gattin zum Opfer gefallen. Das Ehepaar hatte einen seit Jahren unbenutzten Ofen im Schlafzimmer abends wieder angeheizt. Freitag morgen fand man beide in ihren Betten tot auf. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Tod auf Vergiftung durch Ausströmen von Kohlenoxydgasen zurückzuführen ist.

× **Der Zollsekretär als Straßenräuber.** Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. verhaftete in einer Anlage einen Straßenräuber, der in der Dunkelheit einer Dame die Handtasche geraubt hat. Es hat sich nun herausgestellt, daß der Festgenommene eine Reihe von Straßenräubereien begangen hat, und zwar ist es ein früherer Polizeibeamter, der jetzige Oberzollsekretär Kurt Petzold. Dieser kleidete sich in seiner Gartenhütte als Straßenräuber um, ging dann in stille Straßen und beraubte alleingehende Damen.

× **Eisenbahnunglück in Algier.** Auf der Strecke Philippeville—Constantine in Algier ist beim Einfahren in einen Tunnel ein Zug entgleist. Der Lokomotivführer, ein Unbekannter und mehrere Militärpersonen wurden getötet, 18 Reisende wurden schwer verletzt. Sechs Eisenbahnwagen wurden zertrümmert.

× **Gefängnis für einen rücksichtslosen Kraftwagenführer.** Vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg wurde der 22jährige Kraftwagenführer Otto Müller, der im September an einer Straßenbahnhaltestelle am Hohenzollerndamm ein Dienstmädchen überfahren und sich um die Schwerverletzte nicht weiter gekümmert hatte, zu 3 Jahren 9 Mon. Gefängnis verurteilt.

× **Unwetter in den Vereinigten Staaten.** Die Kälte und die Stürme in den Mittelstaaten richten immer größeren Schaden an. Das Thermometer zeigte über 30 Grad unter Null. Die telephonische Verbindung zwischen Neuyork und den westlichen Städten ist vielfach unterbrochen.

× **Ein Verbrechen vor elf Jahren.** Vor dem Schwurgericht in Neuburg an der Donau stand die geschiedene Händlersehefrau Ottilie Königsdorfer von Donauwörth unter der Anklage, am 10. Februar 1913 mit ihrem inzwischen verstorbenen ersten Mann Sußbauer und ihrem Dienstknechte Koren den Viehhändler Baruch Preßburger von Rexingen ermordet und beraubt zu haben. Preßburger sollte an dem Tage zum Viehmarkte nach Donauwörth mit 2600 Mark Bargeld reisen, kehrte aber nicht mehr zurück. 1918 wurde in der Nähe von Donauwörth ein menschliches Skelett aus der Donau gezogen, bei dem sich ein sogenannter Gebetsriemen befand. In Donauwörth lenkte sich der Verdacht sofort auf das Ehepaar Sußbauer. Sußbauer selbst hat auf dem Sterbebette dem Schuhmacher Kügler anvertraut, daß er den Preßburger ermordet habe, wovon Kügler der Polizei Mitteilung machte. Die unterdessen wiederverheiratete Königsdorfer hatte nach ihrer Verhaftung im Gefängnis Mitgefangenen ihr Geheimnis anvertraut. Trotz der äußerst belastenden Aussagen der beiden Hauptzeugen kam das Schwurgericht wegen verschiedener Unwahrscheinlichkeiten nicht zu einem Schuldspruch.

Zu Peter Cornelius 100. Geburtstag.

Ein Dichtermusiker, dessen Worte und Melodien gleiche Meisterschaft zeigen. Den meisten nur bekannt durch seine „Weihnachtslieder", die in jedem Jahr ihre Auferstehung am Geburtstage des Komponisten feiern. Denn am Weihnachtsheiligabend 1824 wurde Peter Cornelius zu Mainz geboren. Sein Oheim, der Maler der „Apokalyptischen Reiter", brachte den früh vaterlos gewordenen Jüngling nach Berlin. Hier blieb er bis 1852. Später verband ihn enge Freundschaft mit Wagner und Liszt. Auf Wagners Veranlassung kam Cornelius 1865 auch nach München, wo er bis zu seinem Tode 1894 als Lehrer an der königlichen Musikschule wirkte.

Großen Ruhm hat Cornelius bei seinen Lebzeiten nie geerntet — der „Barbier von Bagdad" fiel bei seiner ersten Aufführung in Weimar durch. Allerdings meinte man damit Liszt, nicht Cornelius. Die meisten seiner Kompositionen blieben bis zu seinem Tode unveröffentlicht. Jetzt haben sich seine Lieder den Konzertsaal erobert — aber: sie gehören eigentlich nicht dahin. Sie sollten ihre Heimstätte da finden, wo Zeit und Ruhe ist, sich liebevoll in Wort und Weise zu versenken, da, wo Weihnacht „Weihe-Nacht" ist. Denn dort hat Peter Cornelius, der Sänger deutscher romantischer Weihnacht, die rechte Stätte.

Schlesische Nachrichten.

Die „Bewirtschaftung" möblierter Zimmer und übergroßer Wohnungen.

Pressemeldungen zufolge soll in Preußen demnächst mit der völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft für große Wohnungen zu rechnen sein. Diese irrige Mitteilung ist, wie aus dem Wohlfahrtsministerium geschrieben wird, vermutlich darauf zurückzuführen, daß verschiedene Gemeinden, insbesondere in den westlichen Provinzen Preußens, im Einverständnis mit dem Minister dazu übergegangen sind, Wohnungsuchenden, die in der Dringlichkeitsliste eingetragen sind, durch Ausstellung einer Ausweiskarte die Berechtigung zum freien Anmieten einer der Größe ihres Familienstandes entsprechenden Wohnung zu geben. Dieses Verfahren bezweckt lediglich, unter möglichster Ausschaltung der Wohnungsämter es dem Inhaber einer Ausweiskarte selbst zu überlassen, sich eine seinem Familienstand entsprechende Wohnung zu suchen. Die Vorschriften des Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes aber werden durch dieses Verfahren in keiner Weise berührt.

Eine wesentlich andere Bedeutung kommt der Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 12. Dezember 1924 zu. Durch sie wird zunächst bestimmt, daß die möblierten Zimmer, die keine selbständige Wohnung darstellen, nicht mehr der Zwangswirtschaft unterliegen, sofern nicht für einzelne Gemeinden auf Antrag der Kommunalaufsichtsbehörde hiervon eine Ausnahme gemacht wird.

Für die möblierten Zimmer, die keine selbständige Wohnung darstellen, gelten also weder die Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes, noch des Reichsmietengesetzes, noch die Vorschriften des Gesetzes über den Mieterschutz und die Mieteinigungsämter,

die letztgenannten mit der alleinigen Ausnahme, daß der § 29 des Gesetzes aufrecht erhalten bleibt, wonach die verweigerte Zustimmung des Vermieters zur Untervermietung durch das Mieteinigungsamt ersetzt werden kann. Ferner wird durch die obige Verordnung vorgeschrieben, daß die Wohnungsämter Teile einer Wohnung mit der Begründung, diese Wohnung sei im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner als übergroß anzusprechen, künftig nicht mehr beschlagnahmen dürfen, sofern nicht aus gewichtigen Gründen auch hier für einzelne Gemeinden auf Antrag der Kommunalaufsichtsbehörde eine Ausnahme zugelassen wird. Der Minister für Volkswohlfahrt steht nämlich auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsämter — abgesehen vielleicht von einigen Gemeinden des besetzten Gebietes — in mehr als 6 Jahren hinreichende Möglichkeit gehabt haben, Räume von Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner als übergroß angesehen werden mußten, für Wohnungsuchende in Anspruch zu nehmen, soweit dieses gesetzlich möglich, und daß in Zukunft solche Zwangsmaßnahmen nicht mehr unbedingt notwendig sind, jedenfalls nicht den Aufwand an Verwaltungsarbeit rechtfertigen können, der von vielen Wohnungsämtern für diese Aufgabe aufgebracht worden ist. Von dieser Ansicht hat er bereits vorher im Wege des Erlasses durch die Regierungspräsidenten die Gemeindebehörden in Kenntnis setzen und insbesondere dabei das von vielen Wohnungsämtern beliebte Verfahren verbieten lassen, wonach sie sich gegen Freigabe von Räumen, die bereits beschlagnahmt waren oder werden sollten oder gegen Zuweisung von Wohnungen außerhalb der Reihe der Wohnungsliste sog. Abstandssummen zahlen ließen.

Den Wohnungsämtern ist also fortan nicht nur die Möglichkeit genommen, Teile einer im Verhältnis zur Kopfzahl ihrer Inhaber übergroßen Wohnung zu beschlagnahmen, sie können in Zukunft auch nicht mehr die Zuweisung einer Wohnung oder einer Tauschgenehmigung von der Verpflichtung zur Zahlung einer Geldsumme abhängig machen mit der Begründung, daß die Wohnung für den Wohnungsuchenden oder für die eine Tauschgenehmigung nachsuchende Partei zu groß sei.

Auch durch diese Maßnahme werden die Bestimmungen des Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes nicht aufgehoben. Vielfach besteht auch die Auffassung, als stehe die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft auch für gewerbliche Räume unmittelbar bevor. Auch das trifft nicht zu. Es sind bisher lediglich von einigen Gemeinden mit Ermächtigung des Wohlfahrtsministers gewisse Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes für gewerbliche Räume außer Kraft gesetzt worden mit der Wirkung, daß das Wohnungsamt auf die Beschlagnahme und die Anmeldung freigewordener gewerblicher Räume verzichtet.

Schlesischer Sparkassen- und Girotag.

Zugleich mit der ordentlichen Hauptversammlung des Schlesischen Girotages fand am Sonnabend im Landeshause in Breslau eine außerordentliche Tagung des Schlesischen Sparkassenverbandes statt. 233 Vertreter von Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Spar- und Girokassen aus den Provinzen Ober- und Niederschlesien waren erschienen. Geleitet wurde die Tagung durch den Verbandsvorsitzenden Kämmerer Matthes bzw. Stadtrat Prescher.

Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Verwaltungsbericht sei folgendes hervorgehoben: Die Mitgliederzahl beträgt 186. Aus der Revision des Verbandes durch die Deutsche Zentrale wurde berichtet, daß deren Erinnerung, Kommunalkredite tunlichst einzuschränken, zur strikten Beachtung empfohlen wird. Anfragen aus dem Mitgliederkreise wurden durch Generaldirektor Hermanneck beantwortet, der versicherte, daß auch der diesjährige Abschluß der Girozentrale wie im Vorjahr günstig sich gestaltet. Namentlich wurde auch über das Verhältnis zur Oberschlesischen Landesbank berichtet und gegen die Gründung einer eigenen Girozentrale für Oberschlesien im Interesse Oberschlesiens Stellung genommen. Die Vorlage betr. Satzungsänderung wurde ohne Widerspruch angenommen. Sie bezweckt, in der Zahl der Ausschußmitglieder eine Aenderung eintreten zu lassen und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses einzusetzen.

Ueber das Thema „Langfristige Kommunal-Anleihen" hielt der Vorsitzende des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Präsident Dr. Kleiner aus Berlin, einen lehrreichen Vortrag. Er erläuterte: Die Deutsche Girozentrale habe zwar eine Reihe von langfristigen kommunalen Krediten vermittelt, die hunderte von Millionen Reichsmark darstellen; dem Bedürfnis sei dadurch aber nicht im entferntesten genügt. Er schilderte dabei die Auswirkungen der Wertbeständigkeit, der Inflation und der Stabilisierung mit Streiflichtern auf die fieberhafte Auswirkung dieser Stadien auf den Wirtschaftskörper. Zahlungsmittelknappheit und Kreditnot im Lichte der Reichsbank-Stellungnahme wurden besonders erläutert. Diese Stellungnahme und die Zinspolitik als Maßnahme zur Verhütung einer nochmaligen Inflation wurden vom Vortragenden eingehend dargelegt. Zum Schluß berichtete er über seine ausländische Werbetätigkeit in Holland, England und Amerika für Befriedigung unseres kommunalen langfristigen Kredits durch Auslandsanleihen. Bürgermeister Dr. Wiesner (Görlitz) regte die Auflegung einer Deutschen Kommunalanleihe in Anlehnung der neuen gesetzlichen Regelung der Vorschriften über Anlegung der Sparkassenkapitalien an, wozu der Referent Stellung nahm. Daraus ergab sich zwar prinzipielle Geneigtheit, aber zunächst abwartende Haltung im Hinblick auf das örtliche Realkreditbedürfnis.

Nachmittags fand noch eine Versammlung der Sparkassenleiter statt, bei der die Vorstandswahl vollzogen, über Zinspolitik der Sparkassen auf Grund eines Vortrages des Kreissparkassendirektors Häusler (Bolkenhain) verhandelt und über Maßnahmen zur Wiederbelebung und Förderung des Sparsinns beraten wurde.

***Fortfall des Unbedenklichkeitsvermerks bei Auslandsreisen.** Mit Rücksicht darauf, daß die bestehende Steuerfluchtgesetzgebung mit dem 31. Dezember ihr Ende erreicht, hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Interesse der Verkehrsförderung vom 1. Januar ab die bisher für die Ausreise aus dem Reichsgebiet erforderliche steuerliche Unbedenklichkeitserklärung der Finanzämter fortfallen zu lassen. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, für Reichsangehörige den deutschen Sichtvermerkzwang nunmehr allgemein zu beseitigen und für Nichtreichsangehörige mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Inlande den Ausreisesichtvermerkzwang wesentlich abzuschwächen. Eine entsprechende Bekanntmachung des Reichsministers des Innern ist in Vorbereitung.

*** Der Aelteste der schlesischen Lehrer †.** In Mallmitz entschlief am Abend des 18. Dezember im begonnenen 100. Lebensjahre der Kantor i. R. Theodor Römer wohl der älteste der im Ruhestande lebenden Lehrer. Seit dem Jahre 1848, bis er in den Ruhestand trat, war er als Lehrer in der Gemeinde Mallmitz tätig. Jahrzehnte hindurch hat er gewirkt und erfreute sich in der Gemeinde, die ihm ein dankbares Andenken bewahrt, hohen Ansehens.

Schweidnitz. (Aus der Untersuchungshaft entlassen) wurden am letzten Sonnabend die Führer des Reichsbanners Schwarz-rot-gold in Striegau, Stadtrat Müller und Hauptlehrer Geburt. Das Verfahren ist soweit vorgeschritten, daß eine Verdunkelungsgefahr nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht besteht und die aus diesem Grunde verhängte Untersuchungshaft nicht mehr gerechtfertigt ist.

Reichenbach. (Ein Meteor) wurde am Freitag abend von hier aus in östlicher Richtung beobachtet. Es stürzte um Punkt 9,30 Uhr völlig steil ab und leuchtete strahlend hellblau. Von Reichenbach aus gesehen ging es in der Richtung über Peilau hernieder. — (Zweimal zum Bürgermeister gewählt.) Der dem Reichenbacher Landratsamt zugeteilte Regierungsassessor Dr. Schneider wurde zu gleicher Zeit zum Bürgermeister in zwei verschiedenen Städten gewählt, in Buttenscheidt und in Plettenbach, Städten die seiner Heimat nahe liegen.

Langenbielau. (Geflügeldiebe.) Durch eine Einbrecherbande beunruhigt wurde in den letzten Nächten die Bewohnerschaft von Habendorf. Es handelt sich um Plünderungen von Geflügelstallungen auf den Gehöften. Im Schillerschen Besitztum überraschte der Eigentümer, der durch das Geschrei der aufgeschreckten Hühner erwachte, die Einbrecher in voller Tätigkeit. Sie entflohen in der Dunkelheit und ließen drei Gänse und eine Anzahl abgeschlachtete Hühner zurück. In der folgenden Nacht drangen sie auf der Sauerschen Besitzung ein und erbeuteten mehrere Gänse, in der nächsten Nacht auf der Moese'schen Besitzung, auf der sie 13 Hühner töteten und mitnahmen. Schon in der folgenden Nacht folgte im benachbarten Rosenbach ein Einbruch im Gottschlich'schen Gehöft, wobei 15 Hühner geraubt wurden. So geht es Nacht für Nacht. Die Bewohnerschaft hat bereits eine Schutzwehr eingerichtet. Es wird vermutet, daß die Einbrecher ihre Beute nach der Großstadt schaffen.

Gottesberg. (Eine Verzweiflungstat.) Traurige Weihnachten sind dem Stellenbesitzer Urban in Konradsthal beschieden. Seine Frau war fortgesetzt von einem schweren Nervenleiden gepeinigt. Ihre wiederholt geäußerten Selbstmordabsichten machte sie in einem neuen derartigen Anfalle wahr. Sie warf sich unweit der Reimannlehne vor einen von Gottesberg kommenden Personenzug und wurde von den Rädern derartig zerstückelt, daß ihr Tod auf der Stelle eintrat.

Liebau. (Eisenbahnertod.) In der Sonntagsnacht wurde ein hiesiger Rangiermeister bei der Ausübung seines Berufes durch das Aufeinanderprallen zweier Waggons so heftig an die Wand des einen Wagens geschleudert, daß er besinnungslos nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bald gestorben.

Sagan. (Subventionierung des Stadttheaters.) In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Magistrat ermächtigt, in irgend einer Form dem Stadttheater unter die Arme zu greifen. Der Magistrat hat darauf beschlossen, der Diriktion Philippi eine Beihilfe von 2000 Mark zu gewähren, zahlbar mit 1000 Mark sofort und je 500 Mark am 1. Februar und am 1. April. Diese Hilfe muß freilich erfolglos bleiben, wenn die Bevölkerung dem Unternehmen nicht ihre Unterstützung leiht. Die Anmeldungen zur Theatergemeinde sind nur gering.

Fraustadt. (Automobilunglück.) Als am Abend des 12. d. Mts. der Rentmeister des Gilka-Bötzowschen Rittergutes Schwusen (Kreis Fraustadt), Draheim, mit dem Chauffeur des Gutsherrn von Schlichtingsheim nach Schwusen fuhr, wollten beide unterwegs im Schlichtingsheimer Strandhotel einkehren. Das Auto jagte in schnellstem Tempo dem Bartschstrande zu, dabei verlor der Chauffeur die Herrschaft über das Steuer, und das Auto durchschlug die Uferbarriere und stürzte, sich überschlagend, den drei Meter hohen Abhang in die Bartsch hinunter. Nach dem Strandhotel wandernde Leute, die die brennenden Lichter des Autos im Flusse sahen, leisteten den Verunglückten die erste Hilfe. Rentmeister Draheim, der durch den Anprall an die Barriere aus dem Auto herausgeschleudert worden war, liegt mit schweren inneren Verletzungen und Knochenbrüchen im Glogauer Krankenhause. Auch der Chauffeur Schulz hat nicht unerhebliche Verletzungen erlitten.

Ohlau. (Ueber Eingemeindungsabsichten) machte in der letzten Stadtverordnetensitzung Bürgermeister Hahm folgende Mitteilungen. Er wies darauf hin, daß wohl die Einwohner von Thiergarten sich alle Annehmlichkeiten der Nähe Ohlaus zu Nutze machten, daß aber die Gemeindeverwaltung alle Bemühungen der Stadt Ohlau um die Eingemeindung von Thiergarten abgelehnt und sich sogar alle weiteren schriftlichen Verhandlungen in dieser Angelegenheit verbeten habe. An den Hühnersträuchern werde demnächst die Stadt Ohlau einen ganzen Block Wohnhäuser errichten, die nach der Eingemeindung auch den Einwohnern von Thiergarten zugute kommen könnten. Es gehe doch aber nicht an, daß die Einwohner von Thiergarten der Einwohnerschaft von Ohlau unter den jetzigen Verhältnissen das Bauland und Kleingartengelände fortnehmen. Der Ohlauer Magistrat habe sich diese Zustände am längsten angesehen und beabsichtige, den Widerstreit der kommunalen Interessen von Ohlau und Thiergarten nunmehr im Verwaltungsstreitverfahren zum Austrag zu bringen und die Eingemeindung von Thiergarten im Verwaltungsstreitverfahren zu erreichen.

Glogau. (Schiffsunfälle.) Auf der Oder, in der Höhe von Doberwitz, Kreis Glogau, begegnete am Donnerstag ein von dem Schleppdampfer „Undine" geführter Schleppzug, der bergwärts fuhr, einem talwärts gehenden Fahrzeug. Dieses verlor — vielleicht infolge des durch den Schlepper verursachten starken Wellenganges — die Gewalt über das Steuer, und rammte einen im Schleppzuge befindlichen, mit etwa 6000 Zentner Erz beladenen Holzkahn, der ein großes Leck erhielt, und binnen wenigen Minuten versank. Die Mannschaft konnte nur mit Mühe das nackte Leben retten. Der Holzkahn gehörte dem Schiffseigner Hesse in Aufhalt bei Neusalz. Die Schiffahrt ist durch den Unfall nicht behindert. Ein weiterer Unfall ereignete sich an demselben Tage oberhalb der Hindenburgbrücke. Dem Dampfer „Oder II" riß die Steuerkette, sodaß er auf eine Buhne auffuhr und ein Leck erlitt. Nach dessen Auffassung konnte der Dampfer die Fahrt fortsetzen.

Trebnitz. (Kohlenoxydvergiftung.) In Maksel erkrankte die ganze, aus Mann, Frau und drei Kindern bestehende Familie des Oberschweizers Worinert nach dem Abendessen. Alle fünf wurden bewußtlos. Der Mann erlangte am folgenden Tage die Besinnung wieder und holte Hilfe. Inzwischen war aber die erst 32jährige Frau bereits verstorben. Mann und Kinder wurden ins Krankenhaus geschafft. Wie man feststellte, lag Kohlenoxydgasvergiftung vor.

Aus Oberschlesien

Oppeln. (Das Haus der Eltern angezündet.) Vor dem Oppelner Schwurgericht hatte sich der Arbeiter Anton Mika aus Groß-Peterwitz wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu verantworten. Die Familienverhältnisse im Hause der Eltern des Angeklagten waren nicht die besten, so gab es ab und zu unerquickliche Auseinandersetzungen zwischen Vater und Sohn. Am 5. November kam es bei einem Schweinschlachten im Hause der Eltern wieder zum Streit. Der Vater hatte seinen Sohn, da dieser arbeitslos war, in seiner Schneiderwerkstatt mit Näharbeit beschäftigt. Die gelieferte Arbeit gab dem Vater zu Tadel Veranlassung. Am 8. November hatte sich der Vater wiederum über die gelieferte Arbeit tadelnd geäußert. Der Sohn nahm ein Licht und begab sich in seine Dachstube zur Ruhe. Zufällig lag auf dem Boden ein Bndel Stroh. In dieses stellte er das brennende Licht, verschloß vorher noch das Zimmer, worin sonst sein Bruder schlief, von außen und machte sich aus dem Staube. Es dauerte nicht lange, da riefen die Alarmhörner der Groß-Peterwitzer Feuerwehr ihre Mannschaften zur Bewältigung des Brandes herbei. Als der ungeratene Sohn das Besitztum seiner Eltern brennen sah, erfaßte ihn die Reue. Er meldete sich freiwillig bei de Schumpokommando unter der Anschuldigung der Brandstiftung. Der Angeklagte dankte dem Staatsanwalt; er sei mit der in Ansatz gebrachten Strafe sehr zufrieden. Das Urteil lautete auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus.

Beuthen. (Verurteilung einer Räuberin.) Wegen versuchten schweren Raubes hatte sich die unverehelichte Frida Morzinek us Schlesiengrube vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Die Angeklagte war früher in dem Bankgeschäft Eisenberg u. Co. tätig. Dadurch kannte sie die Gepflogenheiten des Geschäftes. Nach ihrem Austritt aus dem Geschäft hatte sie den Plan gefaßt, den das Geld am Abend zur Diskontobank tragenden Lehrling zu berauben, um sich Mittel für den für die bevorstehende Heirat notwendigen Möbelkauf zu beschaffen. Sie hatte, nachdem sie die den Treppenflur erleuchtende Birne herausgeschraubt hatte, dem Lehrling aufgelauert, diesem Pfeffer und Salz in die Augen gestreut und dann versucht, dem Ueberfallenen die mit Geld gefüllte Aktentasche zu entreißen. Der Lehrling hielt aber die Tasche krampfhaft fest, so daß der Raub mißlang. Der Angeklagten, die im vollen Umfange geständig war, wurden mildernde Umstände zugebilligt, weil sie sich wenige Tage vor ihrer Niederkunft befand und in diesem Zustande der Tragweite ihrer Handlungsweise nicht voll bewußt war. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Hindenburg. (Krawall in der Stadtverordneten-Versammlung.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten kam es wieder einmal zu argen Ausschreitungen der Kommunisten. Von der kommunistischen Fraktion war ein Antrag eingebracht worden, den besoldeten Stadtrat Tobias aufgrund seines Verhaltens in der Zeit, als er den erkrankten Oberbürgermeister zu vertreten hatte, das Mißtrauen der Versammlung auszusprechen. Obwohl Oberbürgermeister Feenel darauf aufmerksam machte, daß Mißtrauensanträge gegen Magistratsmitglieder nach der Städteordnung nicht zulässig seien, ließ der kommunistische Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag verhandeln. Die Vorwürfe, die gegen den Stadtrat Tobias erhoben wurden, bewegten sich hauptsächlich in der Richtung, daß er kein soziales Verständnis gehabt habe. Die Debatte artete zum Schluß in wüsten Lärm aus, wobei Zuhörer sich mitbeteiligten und dem angegriffenen Stadtrat unter Zurufen „Totschlagen, totschlagen!" mit den Fäusten drohten. Der kommunistische Antrag wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Den Ausschlag gab die Stimme des Stadtverordnetenvorstehers Jendrosch. — Die Hindenburger Stadtverordnetenversammlung zählt seit den Wahlen vom Mai unter 45 Mitgliedern 15 Kommunisten und die zweitstärkste Fraktion, die Mieterschutzfraktion, mit 11 Mitgliedern muß ebenfalls zu der radikalen Linken gerechnet werden.

Einheimisches.

Weihnachten.

Und nun ist es gekommen, das liebliche Fest, das schon vor Monaten von den Kindern gewünscht, seit Wochen ersehnt, seit Tagen besungen und erwartet wurde, die an jedem Schaufenster stehen blieben, mit den kleinen Fingern auf allerhand schöne, bunte Dinge zeigten und dabei riefen: „Ich wünsche mir das — und das!"

Seelige Jugend, die schon beim Anblick bunter Sächelchen in Verzückung gerät, die durch die Erfüllung eines bescheidenen Wunsches namenlos glücklich zu machen ist! Ein Weihnachtsengel oder ein mit Engelshaar geschmückter Christbaum im lichtblendenden Schaufenster entflammt deine heilige Begeisterung. Selige Jugend!

Doch auch wir, die wir das Kinderland längst verließen, fühlen uns schon seit Tagen in echter Weihnachtsstimmung. Blieb unser Herz trotz aller Nöte des Lebens frisch und jung, so zittert auch uns eine geheime Freude als Widerschein des weihnachtlichen Treibens durch die Brust. Bei der strahlenden Fülle der Schaufläden, beim würzigen Harzduft der Tannenbäume, beim süßen Aroma vorübergetragener Christstollen erwachen Erinnerungen. Uns ist es dann, als wehe vom Lande unserer Jugend ein hellstimmiges Klingen gesungener Weihnachtslieder herüber.

Die Jahre vergehen, sind vergangen, als flögen sie dahin. Viele Freudenlichter vom Weihnachtsbaume unserer Kindheit sind verlöscht; aber noch immer sollen und wollen wir uns des „heiligen Christs" freuen. Und wir werden das am schönsten erreichen, wenn wir uns im Kreise unserer Kinder begeistern oder fremden Kindern, fremden Armen und in Drangsal Verlassenen die Augen strahlen, die Herzen pochen lassen.

Selbst das einsamste Menschenkind — sei's die arme Näherin im Erkerstübchen, der Junggeselle im stillen Zimmer — soll daran denken, daß auch ihm das freudigste der Feste gilt. Kein Fremdling, kein noch so Verlassener ist von der großen Liebesbotschaft ausgeschlossen, alle Menschen sind zum Empfange des Christkindleins geladen. In dem strahlenden Glanze der Weihnachtskerzen sind wir alle gleiche Brüder und Schwestern einer großen Gemeinschaft, von keinerlei Unterschied als dem der Liebe den wir in uns tragen.

„Tretet ein" — geöffnet sind die Pforten." Wenn die Weihnachtsglocken klingen und fröhlicher Tumult von Haus zu Haus wogt, soll auch das ärmste Herz inne werden, daß dieser Tag viel goldene Freude zu verbreiten weiß . . .

In diesem Sinne wünschen wir allen unsern Lesern
„Fröhliche Weihnachten".

— **Eine 8seitige illustrierte Festbeilage** liegt der heutigen Nummer unserer Zeitung bei.

— **Des Weihnachtsfestes wegen** erscheint die nächste Nummer unseres Blattes Sonnabend, nachmittags 4 Uhr. Inserater-Annahme bis Sonnabend, vorm. 9 Uhr.

Kammermusik-Abend. Am 3. Festtage findet in Menzels Saal ein Kammermusikabend unter Leitung des Komponisten Herrn G. E. Rischka, hier statt. Als Mitwirkende sind eine Anzahl auswärtiger Künstler gewonnen worden, so daß der Abend einen besonderen musikalischen Genuß zu bieten verspricht. (Siehe Inserat.)

— **Kath. Volksschule.** Der Unterricht nach den Weihnachtsferien beginnt am 7. Januar 1925.

Musik-Verein Hundsfeld.
Morgen, Donnerstag,
den 1. Weihnachtsfeiertag, in **Wasners** Etabl.
Gr. Fest-Konzert
Dirigent: Erich Traxel.
Anfang 4,30 Uhr Nachmittag.

Bekanntmachung.

Die Heberolle der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung liegt vom 27. Dezember 1924 bis 3. Januar 1925 im hiesigen Magistratsbüro zur Einsicht öffentlich aus. Binnen einer Frist von 2 Wochen nach dem ersten Tage der Auslegung der Heberolle können die Betriebsunternehmer, unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, gegen die Beitragsberechnung bei dem Sektionsvorstande, Kreisausschuß Oels, Widerspruch erheben.

Hundsfeld, den 22. Dezember 1924.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach dem Bericht des zuständigen Eichbeamten sind die Landwirte und Gewerbetreibenden der hiesigen Stadt ihrer Verpflichtung bezüglich der Nacheichung nur in ganz geringem Umfange nachgekommen.

Es wird daher bekannt gegeben, daß die Meß- und Wiegegeräte nunmehr dem Eichamt in Breslau, Vorwerkstraße 10, einzuliefern sind. Abfertigung findet dort werktäglich (vormittags) statt.

Nach Ablauf von 4 Wochen werden maß- und gewichtspolizeiliche Revisionen abgehalten, sämtliche Geräte, die ein nicht mehr gültiges Jahreszeichen tragen, beschlagnahmt und die Besitzer in Strafe genommen — § 22 der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 — R. G. Bl. S. 349.

Hundsfeld, den 18. Dezember 1924.
Der Magistrat.

Ihre Verlobung geben bekannt
Hanna Reichelt
Alfred Mindner
Hundsfeld, Weihnachten 1924.

Geschäftseröffnung!

Hierdurch den geehrten Einwohnern von Hundsfeld und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich in Hundsfeld, Breslauerstraße 10 eine

Schlosserei

eröffnet habe.

Durch jahrelange Tätigkeit in diesem Berufe bin ich in der Lage, sämtliche **Neuanfertigungen sowie Reparaturen an Landwirtschaftlichen Maschinen, Fahrrädern, Türen, Zäunen, Schlössern aller Art, Installationen** und alle ins Fach schlagenden Arbeiten auszuführen.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werte Kundschaft in allen Arbeiten gut, reell und preiswert zu bedienen.

Hochachtungsvoll
Paul Schreiber,
Schlosserei,
Hundsfeld, Breslauerstr. 10.

Für die hochherzige
Weihnachtsgabe
danken dem
Jungdeutschen Orden
herzlichst und wünschen ihm ein gesegnetes Weihnachtsfest
Die Kleinrentner von Hundsfeld.

Für die Festtage
empfehle ich
feinste Röstkaffees
¼ Pfund Nr. 0 **60** Pfg., Nr. 1 **80** Pfg. Nr. 2 **90** Pfg., Nr. 3 **1** Mk.
Kakao
in hervorragenden Qualitäten
¼ Pfund **19** bis **48** Pfg.
Große Auswahl in
Zigarren, Zigaretten u. Tabake.
Stets frische Tafelbutter.
Frisch eingetroffen
Mandarinen, Weintrauben und Apfelsinen.
Lebensmittel-Zentrale
G. Scheitza,
Sacrau, Marienhoferstr. 3

Wildschütz.
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Großes Tanz-Vergnügen
Es ladet freundlichst ein
R. Langer.

Pawelwitz.
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Großes Tanzvergnügen.
Hierzu ladet freundlichst ein
Max Hertel.

Glockschütz.
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Tanzkränzchen.
Hierzu ladet freundlichst ein
Konrad Bänsch.

Am 3. Weihnachtsfeiertag
abends 8 Uhr, findet im Saale des Herrn **Menzel** ein
Kammermusik-Abend
statt unter Leitung des Komponisten
Gerh. Ew. Rischka.
Mitwirkende:
Konzertsängerin Frl. **Winkler,** Breslau,
Konzertgeiger Herr **Georg Haas,** Graz (Steiermark)
Tenorsolist Herr **Roderich Piekarek,** Breslau
Steichquartett Breslau,
als einheimische Kraft Herr **Fritz Maiwald.**
Vorverkauf bei Herrn Mehlan.

KUKULI
Kultur- u. Kunst-Lichtspiele
Nur am 1. Feiertag,
den 25. Dezember 1924,
abends 6 u. 8¼ Uhr.
Eine unerreichte Glanzleistung neuester Produktion:
Der Hagenbeck-Raubtiergroßfilm:
Im Schatten der Moschee.
Monumental-Ausstattungs-Sensationsdrama in 6 Akten.
Der Riesenerfolg aller Großstädte.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß die Berliner Uraufführung gleichzeitig mit meiner Weihnachtsaufführung stattfindet.

Dazu der größte Lacherfolg:
Eine Nacht, gelebt im Paradiese!
Großlustspielschlager in 4 Akten mit
Reinhold Schünzel, Wanda Treumann.
Wegen des großen Andranges der Abendvorführung bitte ich höflichst, die 6 Uhr-Vorstellung zu besuchen.
1. Feiertag 4 Uhr:
Jugend-Fest-Vorstellung
Das herrliche Weihnachtsmärchen:
Das tapfere Schneiderlein
und
das große Beiprogramm.

Großer Posten
Christbäume
in allen Größen angekommen und verkauft ständig im Hofe bei Gastwirt **Polauke.**
Ernst Schwandt.

Grauer
Herren-Mantel u. karriertes Jaket,
mittelgroß, gut erhalten, billig zu verkaufen
Babel, Gr. Weigelsdorf.

Erfinder erhalten Ratschläge über Patent-Gebrauchsmuster u. Warenzeichen im In- und Ausland durch aufklärende Broschüre gegen Einsendung von 1 Rentenmk. **Patent-Ingenieur-Büro Fritz Harthaler, Brockau.**

Sacrau.
Saal- und Garten-Etablissement „Zur Lindenruh"
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Großer Tanz.
bei guter Musik.
Anfang 4 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
Max Schröter.

Görlitz, Gasthof zum Flugplatz
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Großes Tanzkränzchen.
Hierzu ladet freundlichst ein
Fritz Kipper.

Sibyllenort.
Gasthaus „Zur Erholung".
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Grosses Tanzvergnügen.
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Paul Müller.

Gr. Weigelsdorf.
Herm. Schädels
Saal- und Garten-Etablissement.
Freitag, den 2. Weihnachtsfeiertag:
Großes Tanzkränzchen.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Schädel.

Ein Rasse-Ziegenbock,
1½ Jahre alt, zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Druck und Verlag: G. Kopjowski, Hundsfeld. Verantwortlicher Redakteur: G. Kopjowski, Hundsfeld.